

Dieser Vorschlag findet einstimmige Genehmigung. —

Es werden hierauf einstimmig bewilligt: 1) die von der Deputation unter Classe b. zusammengestellten Posten Nr. 5, 8, 9, 11, 12. und 18. 2) Die von der Deputation unter Classe c. zusammengestellten Posten Nr. 6, 7, 10, 15, 16. und 17., und zwar letztere auf das J. 1835 u. 1836 transitorisch unter Beifügung des Behnerschen Antrags. 3) Findet auch der Vorschlag der Deputation, den S. 61. ihres Berichts enthaltenen Antrag in die Schrift aufzunehmen, einstimmige Annahme.

Die Sitzung wird nun halb 3 Uhr geschlossen.

Dreihundert und dreizehnte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, am 12. September 1834.

Fortsetzung der speciellen Berathung des Entwurfes eines Gesetzes über die Volksschulen.

Die Sitzung beginnt nach halb 10 Uhr mit Verlesung des Protocolls der vorhergehenden; es wird genehmigt und von den Abgg. Rost und Gruner mitunterzeichnet.

Auf der Registrande war eingetragen:

Der Abg. Scholze bittet um Verlängerung seines Urlaubs auf 2 Monate; wird bewilligt.

Abg. Secr. Bergmann verliest hierauf die ständische Schrift in Betreff des Antrags Elterleins; man findet dabei nichts zu erinnern, und sie wird also sofort genehmigt.

Die Tagesordnung betrifft die fortgesetzte Berathung des Entwurfs eines Volksschulgesetzes.

Referent, Abg. v. Friesen begiebt sich auf die Rednerbühne und verliest §. 47. des Inhaltes:

(Ernennungs- und Befetzungsrecht.) Hinsichtlich des Ernennungs- und Befetzungsrechtes bei schon bestehenden Schullehrerstellen verbleibt es bei der zeitherigen Verfassung, jedoch, was die Schulgemeinden betrifft, welchen zeither die Auswahl und Annahme ihrer Kinderlehrer gestattet war, in der Weise, daß für dieselben die fragliche Ernennung durch den für ihren Schulbezirk eingesetzten Schulvorstand geschehen muß. Die Kreisdirectionen werden denjenigen Collatoren, und Schulvorständen, denen es in vorkommenden Ernennungsfällen an hinlänglicher Bekanntschaft mit geeigneten Competenten fehlen sollte, auf deren Verlangen durch zweckmäßige Vorschläge entgegen zu kommen inamer bereit sein.

Das Deputationsgutachten hierzu lautet:

Im §. 47. dürfte der 2te Satz, da er keine Anordnung enthält, und Vorschläge bei Stellen-Befetzungen auf geschenes Ansuchen derer, welche eigentlich das Recht zur Vocirung haben, im freien Willen der Behörden beruhen, nicht in das Gesetz gehören und daher wegzulassen sein.

Abg. Art bemerkt in Bezug auf den 1. Satz, daß die Function eines Schulvorstandes als die allerwichtigste erscheine, da er namentlich bei der Wahl der Lehrer concurriren solle, und man nun nicht wisse, wie er zusammengesetzt werde, so sei er (der Sprecher) genöthigt, dagegen zu stimmen. Der 2. Punkt sei dagegen von der Art, wie ihm schon mehrere vorgekommen seien, die man weggelassen habe. Er finde ihn nicht überflüssig und auch nicht schädlich, und da Gründe dafür sprächen, so

erkläre er sich für den Gesetzentwurf. Es scheine dabei die Absicht zu sein, daß diese Behörde immer mit einer gewissen Anzahl von tauglichen Subjecten bekannt sei.

Abg. Claus: Einverstanden sei er mit Weglassung des zweiten Satzes; in einem dem letzten Sprecher entgegengesetzten Sinne würde er aber auch ein Bedenken haben, die Bestimmung des ersten Satzes, betreffend die Ernennung der Kinderlehrer, welche gewissen Gemeinden bisher zustand, durch den für ihren Schulbezirk eingesetzten Schulvorstand, aufgenommen zu sehen, wenn er nicht der sichern Erwartung wäre, daß der Schulvorstand, so wie es der Deputationsbericht begutachte, der Gemeindevorstand sein werde. Wäre dieß zweifelhaft, dann müßte er wünschen, daß hierüber jetzt noch nicht entschieden würde. Bestimmt sei durch §. 46. über die Vorbereitung und Prüfung der Schulamtsandidaten; negativ stehe demnach die Bedingung der Annahme fest — man wisse, daß derjenige nicht gewählt werden dürfe, der die Wahlfähigkeitsprüfung nicht wohl bestanden hat; unter den Wohlbestandenen aber müsse nun nach seiner Ueberzeugung, zum Besten des Volksschulunterrichtes selbst, der Gemeinde durch ihre Behörde möglichst freie Wahl gelassen werden.

Der Präsident fragt, ob die Kammer mit dem ersten Satze, wie er im Gesetzentwurfe enthalten sei, einverstanden sich erkläre? Sie wird gegen 2 Stimmen bejaht, und eben so die Frage: Soll der 2. Satz in Wegfall kommen? mit Ausschluß von 6 Stimmen mit Ja beantwortet.

§. 48.:

(Nicht zu gestattende Contracte.) Ernennungen auf Kündigung sind nur bei außerordentlichen Hilfslehrerstellen, Contracte aber mit Schullehrern auf gewisse Zeit gar nicht gestattet.

Die Deputation bemerkt:

Die Deputation fand bei §. 48. gegen das unbedingte Verbot der Contracte mit Schullehrern auf gewisse Zeit das Bedenken, daß dadurch auch jede Regulirung des Dienstehinkommens verboten werden würde, weil auch diese auf gewisse Zeit, nämlich auf die Dauer des Dienstes geschieht, und man glaubte daher, daß folgende Fassung zu empfehlen sein dürfte: „Ernennungen auf Kündigung sind nur bei außerordentlichen Hilfslehrern, bei ständigen Schullehrern hingegen auf keine Weise gestattet.“

Abg. Richter (aus Zwickau) beantragt, zu setzen: „Die Ernennung und Kündigung sind allen Gemeinden, welche das Gesetz zur Befetzung der Schulämter ermächtigt, gestattet.“ Er motivirt diesen Antrag dadurch, daß er sagt, er gehe von der einfachen Ansicht aus, daß dem Kinde die erste Rücksicht gebühre, dem Lehrer in Betreff seiner Subsistenz nur die zweite. Sei es wirklich der ernstliche Wunsch derer, welche für das Schulwesen sorgen wollten, daß es gedeihe, daß die Ausmerzungen schlechter Schullehrer erfolge, so sei lediglich darauf zu sehen, daß unter allen Umständen die besten und geschicktesten Lehrer angestellt würden, und nun dünke ihm, daß dieses Ziel auf keine bessere Weise erreicht werden könne, als wenn denen, welchen das Recht verfassungsmäßig zustehe, auch der freieste Wille gelassen werde, die Schulämter mit solchen Subjecten zu besetzen, welche ihnen als die tauglichsten erschienen, dann aber auch das Personal zu wechseln, so oft es die Umstände erfor-